

Söder fordert Untersuchung zu Northvolt: Zahler nicht im Regen stehen lassen!

Bayerns Ministerpräsident Söder fordert einen Untersuchungsausschuss zur Insolvenz von Northvolt und beleuchtet Habecks Rolle.



München, Deutschland - Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat am 27. Mai 2025 eine umfassende Aufarbeitung der Insolvenz des schwedischen Batterieherstellers Northvolt gefordert. In einer Erklärung betonte er, dass der Bundestag die Situation lückenlos und rasch aufklären müsse. Besonders ins Visier nimmt Söder die Rolle des damaligen Wirtschaftsministers Robert Habeck (Grüne), dessen Entscheidungen und Handlungen im Zusammenhang mit der Insolvenz von zentraler Bedeutung seien. Laut **Welt** droht den deutschen Steuerzahlern ein Verlust von bis zu 620 Millionen Euro, was Söder als nicht tragbar empfindet.

Die Insolvenz von Northvolt wurde im vergangenen November bekannt, als das Unternehmen Gläubigerschutz nach US-Recht beantragte und Schulden in Höhe von acht Milliarden Dollar angehäuft hatte. Dies sorgt nicht nur für Verunsicherung im Inland, sondern alarmiert auch große deutsche Automobilhersteller wie Porsche, VW und Mercedes. Diese suchen nun nach neuen Lieferanten für Batterien, die ursprünglich von Northvolt kommen sollten. Porsche hat bereits die Dringlichkeit betont, die eigenen Lieferketten zu sichern, während **Stuttgarter Nachrichten** berichtet, dass die Produktion von E-Auto-Batterien in Europa weiterhin ein Zuschussgeschäft bleibt.

Untersuchungsausschuss gefordert

Söder hat auch die Möglichkeit eines Untersuchungsausschusses ins Spiel gebracht, um die Fragen rund um die Northvolt-Pleite und die Verantwortlichkeiten umfassend zu klären. Er bekräftigte, dass die Steuerzahler nicht auf den Kosten für die Insolvenz sitzenbleiben dürfen. Dies wird als notwendiger Schritt betrachtet, um das Vertrauen in die politischen Entscheidungen zu stärken und zukünftige Fehler zu vermeiden.

Die laufenden Bauarbeiten am Northvolt-Werk im schleswig-holsteinischen Heide sind weiterhin im Gange, während die deutsche Tochtergesellschaft von Northvolt Gespräche mit mehreren Kaufinteressenten führt, um die Insolvenz zu bewältigen. Trotz der 600 Millionen Euro Kredite, die von der deutschen KfW gewährt wurden, konnte das Unternehmen nicht gerettet werden, was die Lage als dramatisch erscheinen lässt, so Dirk Uwe Sauer, ein Experte für Energiespeicher.

Insgesamt zeigt die Situation rund um Northvolt die Herausforderungen, denen sich die europäische Industrie gegenüber sieht, wenn es darum geht, eine unabhängige Produktion von Batteriezellen für Elektroautos aufzubauen. Diese Insolvenz könnte weitreichende Folgen für die Automobilindustrie und die Verkehrswende in Deutschland

haben.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ort	München, Deutschland
Schaden in	600000000
Quellen	• www.welt.de • regionalheute.de • www.stuttgarter-nachrichten.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net